Kurzinformation
Betriebliches Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst

Beschäftigte in Deutschland erleben - auch im öffentlichen Dienst - seit längerem eine tiefgreifende Transformation ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Stetig veränderte Anforderungen durch verdichtete Arbeitsprozesse und deren Automatisierungen sowie die Digitalisierung und die damit einhergehende Notwendigkeit, sich immer wieder in neue Abläufe und Strukturen einzuarbeiten, stellen Herausforderungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar.[1] Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind darüber hinaus deutlich älter als der Durchschnitt aller Erwerbstätigen in Deutschland.[2] So war mehr als jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Jahr 2020 über 55 Jahre alt.[3]

Um einer Verringerung der Leistungsfähigkeit in Anbetracht der Veränderungen entgegenzuwirken, nimmt das Thema Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), insbesondere auch für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Personalpolitik der öffentlichen Verwaltung eine zunehmend wichtige Stellung ein.[4]

---

1 Bundesministerium des Innern, Gesundheitsförderungsbericht 2016 der unmittelbaren Bundesverwaltung, S. 11, Dezember 2017, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2016.pdf. Dieser und alle weiteren Links wurden zuletzt abgerufen am 4. Oktober 2023.

2 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Der demografische Wandel im öffentlichen Dienst, Sachstand vom 12. Februar 2020, WD 6 - 3000 - 009/20, abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/689704/d0aabc74d76b9cc129f0a1d963fc9b62/WD-6-009-20-pdf-data.pdf; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Demografie-Portal, Altersstruktur im öffentlichen Dienst, Stand 2020, abrufbar unter https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/oeffentlicher-dienst-altersstruktur.html; Statistisches Bundesamt, Öffentlicher Dienst: Beschäftigte im Durchschnitt 44,5 Jahre alt, 2017, abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/im-fokus-beschaeftigte.html.

3 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Demografie-Portal, Altersstruktur im öffentlichen Dienst, Stand 2020, abrufbar unter https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/oeffentlicher-dienst-altersstruktur.html.

4 machtfit GmbH, Betriebliches Gesundheitsmanagement im Öffentlichen Dienst – so unterscheidet sich die Finanzierung von der Privatwirtschaft, 29. August 2018, abrufbar unter https://www.machtfit.de/bgm-studien/bgm-im-oeffentlichen-dienst/.

WD 9 - 3000 - 071/23 (04.10.2023)
© 2023 Deutscher Bundestag

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Das BGM setzt sich aus drei Säulen zusammen: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) und Betriebliches (Wieder-) Eingliederungsmanagement (BEM).[5] Ziel des BGM ist, die Gesundheit der Beschäftigten zu fördern. Insbesondere sollen auf diesem Wege Krankheiten, die zu Fehlzeiten bzw. Erwerbsunfähigkeit führen können, vermieden und die Produktivität gesteigert werden. Darüber hinaus soll die Motivation der Beschäftigten erhöht und die Qualität des Verwaltungshandelns und seiner Ergebnisse verbessert werden.[6] Es soll auch dazu beitragen, die erheblichen Kosten zu verringern, die auf krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit zurückzuführen sind.[7]

Eine wichtige Grundlage zum BGM im öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung 2009 mit der „Gemeinsamen Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung" in Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund gelegt.[8] Die Partner haben sich auf Grundsätze, Ziele und Vorschläge zum behördlichen Gesundheitsmanagement verständigt, auf deren Basis individuelle Vereinbarungen durch die einzelnen Dienststellen und Personalvertretungen zum BGM getroffen werden können.[9] Diese Grundlagen haben auch heute noch Gültigkeit. Konkretisiert wurde diese Initiative durch die Verabschiedung des „Rahmenkonzepts zur Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements" im Jahr 2014 durch den Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement unter Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und mit fachlicher Unterstützung der Unfallversicherung Bund und Bahn.[10] Dieses Eckpunktepapier dient als Leitlinie für die praktische Umsetzung des BGM. Ausgangspunkt für jegliche Maßnahmen bilden eine systematische Analyse und eine regelmäßige Evaluation.[11] Im Jahr 2017 entwickelte eben jener Arbeitskreis auch das Schwerpunktpapier

---

5 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement und zur betrieblichen Gesundheitsförderung im Ausland, Dokumentation vom 17. August 2023, WD 9 - 3000 - 49/23, abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/966286/c6a4d8d3bf89daa0b9fdbc3147d0d798/WD-9-049-23-pdf-data.pdf.

6 Meister-Scheufelen, Gisela, Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung, in: Die öffentliche Verwaltung (DÖV), 2012, S. 16.

7 Meister-Scheufelen, Gisela, Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung, in: DÖV 2012, S. 16.

8 Bundesministerium des Innern, dbb, DGB, Gemeinsame Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung, 10. Dezember 2009, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/foerderung-gesundheits-management.pdf.

9 Bundesministerium des Innern, dbb, DGB, „Gemeinsame Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung, 10. Dezember 2009, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/foerderung-gesundheits-management.pdf.

10 Bundesministerium des Innern, Eckpunkte für ein Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) in der Bundesverwaltung, Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement (Hrsg.), Mai 2014, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/eckpunkte-betriebliches-gesundheitsmanagement.pdf.

11 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache 19/8399 –; BT-Drs. 19/8851, 29. März 2019, abrufbar unter https://dserver.bundestag.de/btd/19/088/1908851.pdf.

„Grundlagen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements: Ziele und Strukturen“ für die Bundesverwaltung.[12]

Seit 2019 enthält auch das Maßnahmenprogramm zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung das Thema Gesundheit als neuen Aspekt. Im Maßnahmenprogramm „Weiterentwicklung 2021 - Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“ wurden auch zum BGM Maßnahmen festgelegt, die bis Ende 2022 ergriffen werden sollen.[13] Demnach sind die Behörden und Einrichtungen des Bundes u. a. verpflichtet, Strukturen und Prozesse eines BGM zu etablieren, anlassbezogene bzw. regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen einzuführen und auch ein System für das verpflichtende Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) zu implementieren.[14] Darüber hinaus soll der Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement unter der Federführung des BMI das Eckpunktepapier Betriebliches Gesundheitsmanagement weiterentwickeln und das Monitoring der genannten Maßnahmen durchführen sowie die Umsetzung evaluieren.[15] Dieses Maßnahmenprogramm gilt für alle Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren sowie der mittelbaren Bundesverwaltung.

Das BMI hat zuletzt im Dezember 2021 einen Gesundheitsförderbericht veröffentlicht, der auch das BGM in den Blick nimmt.[16] Hierzu wurde eine Befragung im September 2022 durchgeführt, die sich auf den Zeitraum des Jahres 2021 bezog. Demnach ist das BGM mittlerweile fester Bestandteil des behördlichen Alltags. Der Anteil der Behörden, in dem es kein systematisches BGM gäbe, sei auf 3 Prozent zurückgegangen. Dies stelle eine deutliche Verbesserung gegenüber der letzten Erhebung in 2017 dar, wonach es in 23 Prozent der Behörden noch kein systematisches

12 Bundesministerium des Innern, Schwerpunktpapier Grundlagen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements: Ziele und Strukturen, Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement (Hrsg.), Oktober 2017, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/schwerpunktpapier-ziele-und-strukturen-bgm.pdf.

13 Die Bundesregierung, Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung 2021 „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“, S. 22 ff., 25. August 2021, abrufbar unter https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Nav_Ministerium/Massnahmenprogramm_2021.pdf.

14 Die Bundesregierung, Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung 2021 „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“, S. 22 ff., 25. August 2021, abrufbar unter https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Nav_Ministerium/Massnahmenprogramm_2021.pdf.

15 Die Bundesregierung, Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung 2021 „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“, S. 22 ff., 25. August 2021, abrufbar unter https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Nav_Ministerium/Massnahmenprogramm_2021.pdf.

16 Bundesministerium des Innern und für Heimat, Gesundheitsförderungsbericht 2021 der unmittelbaren Bundesverwaltung, Dezember 2021, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2021.pdf.

BGM gegeben habe.[17] In 98 Prozent der Behörden sei ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) eingeführt worden.[18] Eine Dienstvereinbarung oder ein vergleichbares, gebilligtes schriftliches Konzept, das das BGM in der Behörde strukturiert und den Prozess für alle Beteiligten offen beschreibt, läge in 50 Prozent der Behörden vor, in weiteren 15 Prozent sei ein solches in Vorbereitung. In den Bundesministerien wurde in allen Ressorts ein BGM etabliert.[19]

Die Maßnahmen des BGM setzten entweder an der Person (verhaltensorientiert) oder an den Strukturen (verhältnisorientiert) an.[20] Verhaltensorientierte Angebote sind z. B. Sportangebote, Ernährungsberatung, Antirauch-Programme, Hinweise zum ergonomischen Sitzen, Training zur gezielten Entspannung oder Emotionsregulation.[21] Zu den verhältnisorientierten Maßnahmen zählen beispielsweise die flächendeckende Einführung von elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen, veränderte Arbeitszeitmodelle, die Einführung von ortsflexiblem Arbeiten oder die systematische Fortbildung von Führungskräften. In der Bundesverwaltung finden sich grundsätzlich beide Formen der Maßnahmen. Die Ausgestaltung, Anbindung und personelle wie auch finanzielle Ausstattung variiert dabei stark.[22] Im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beispielsweise ist das BGM vielfältig u. a. mit einer Sozialberatung, einem ärztlichen Dienst, Gesundheitspräventionskursen und auch ergonomischen Unterstützungsleistungen ausgestaltet.[23]

***

17 Bundesministerium des Innern und für Heimat, Gesundheitsförderungsbericht 2021 der unmittelbaren Bundesverwaltung, Dezember 2021, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2021.pdf.

18 Bundesministerium des Innern und für Heimat, Gesundheitsförderungsbericht 2021 der unmittelbaren Bundesverwaltung, Dezember 2021, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2021.pdf.

19 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache 19/8399 –; BT-Drs. 19/8851, 29. März 2019, abrufbar unter https://dserver.bundestag.de/btd/19/088/1908851.pdf.

20 machtfit GmbH, Betriebliches Gesundheitsmanagement im Öffentlichen Dienst – so unterscheidet sich die Finanzierung von der Privatwirtschaft, 29. August 2018, abrufbar unter https://www.machtfit.de/bgm-studien/bgm-im-oeffentlichen-dienst/.

21 Bundesministerium des Innern und für Heimat, Gesundheitsförderungsbericht 2021 der unmittelbaren Bundesverwaltung, Dezember 2021, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2021.pdf.

22 Bundesministerium des Innern und für Heimat, Gesundheitsförderungsbericht 2021 der unmittelbaren Bundesverwaltung, S. 5, Dezember 2021, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/oeffentlicher-dienst/gesundheitsmanagement/gesundheitsfoerderungsbericht-2021.pdf.

23 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Das Ministerium leistet vielfältige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung, Artikel, Stand Oktober 2023, abrufbar unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Ministerium/nachhaltiges-bmwk.html.